

ARBEITSPAPIERE
des Instituts für Genossenschaftswesen
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Der Ökonom als Berater
Einige grundsätzliche Erwägungen zur
Wissenschaftlichen Beratung der
Politik durch Ökonomen

von Frank E. Münnich

Nr. 33 § April 2003



Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Genossenschaftswesen
Am Stadtgraben 9 § D-48143 Münster
Tel. ++49 (0) 2 51/83-2 28 01 § Fax ++49 (0) 2 51/83-2 28 04
info@ifg-muenster.de § www.ifg-muenster.de

Vorwort

Am 29. März 2003 wurde IfG-Alumni gegründet, ein Netzwerk von ehemaligen Mitarbeitern, Dissertanten und Lehrenden des Instituts für Genossenschaftswesen, von aktuellen IfG-Mitarbeitern und Studierenden der Unternehmenskooperation. An der Gründungsveranstaltung nahmen Schüler und Mitarbeiter der Professoren Seraphim, Boettcher, Bonus und Theurl teil, so dass alle Generationen seit der Gründung des Instituts vertreten waren. IfG-Alumni soll den Kontakt des Instituts mit seinen Ehemaligen fördern, den Praxistransfer unterstützen sowie den fachlichen und persönlichen Gedankenaustausch der zahlreichen Absolventen erleichtern. Es ist davon auszugehen, dass sich das Netzwerk schnell erweitern wird.

Im Rahmen der Gründungsveranstaltung hielt Prof. Dr. Frank E. Münnich einen beeindruckenden und viel diskutierten Vortrag zur „Wissenschaftlichen Beratung der Politik durch Ökonomen“. Er bildet den Inhalt des vorliegenden Arbeitspapiers Nr. 33. Er vermittelt grundlegende Einsichten in die „Logik der Beratung“, in die Motive von Beratern und Ratsuchenden sowie in die Mechanismen der Politikberatung. Die viel beklagte Beratungsresistenz der Politiker sowie die Kritik der Politiker an den Ökonomen sind Ausdruck einer strukturellen Inkongruenz von Wissenschaft und Politik. Während die Wissenschaft erkenntnisorientiert ist, ist der politische Prozess entscheidungsorientiert. Diese Überlegungen und ihre Begründungen werden hiermit einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Prof. Dr. Theresia Theurl

Prof. Dr. Frank E. Münnich studierte an den Universitäten Heidelberg, MIT und UC Berkeley. Er war o. Professor für Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Dortmund, Essen, Innsbruck und München bevor er in die Praxis wechselte: Hauptgeschäftsführer der Medizinisch Pharmazeutischen Studiengesellschaft, Geschäftsführer der Paul-Martini-Stiftung und Hauptgeschäftsführer des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller. Heute ist Prof. Münnich selbständiger Berater.

Der Ökonom als Berater¹

Einige grundsätzliche Erwägungen zur wissenschaftlichen Beratung der Politik durch Ökonomen

Sehr verehrte, liebe Frau Professor Theurl,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die überaus freundlichen Worte, die Sie zu meiner Einführung gemacht haben. Es ist für mich eine besondere Ehre und mehr noch eine außerordentliche Freude, dass Sie, verehrte Frau Professor Theurl, mich zu einem Vortrag vor der Vereinigung der Alumni des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster eingeladen haben. Die Institution der Alumni verbindet idealiter die Studenten und Professoren der ausbildenden Universität mit den Erfahrungen, die ihre Absolventen in der Praxis mit ihrer Ausbildung gemacht haben. Das Thema, zu dem Sie mich eingeladen haben vorzutragen, ist die Beratung der Politik durch Ökonomen. Bei diesem Thema agiere ich gewissermaßen als eine Art universitätsübergreifender Alumnus, habe ich doch sowohl als Hochschullehrer, wissenschaftlicher Berater und als Lobbyist Gutachten zur Politikberatung sowohl erstellt als auch vergeben. So habe ich über das Geschäft der wissenschaftlichen Beratung von Politik aus jedem der möglichen Blickwinkel jeweils als Insider eigene Erfahrungen sammeln können. Auch heute noch mache ich als Mitherausgeber eines gesundheitspolitischen Hintergrunddienstes immer neue Erfahrungen und das Jüngste an Erfahrungen ist sicher nicht das Beste.

Einige der Einsichten, die ich für mich durch kühne Verallgemeinerung aus diesen Erfahrungen habe destillieren können, will ich im folgenden wiedergeben, ohne dass ich mir dabei meine wohlgefestigten Vorurteile durch die Fülle mehr oder weniger feinsinnig differenzierender und kunstvoll ziselierter, kurz: wissenschaftlicher Erörterungen, verwässern lassen möchte, die sich in einer überaus abundanten und durchaus scharfsinnigen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema finden. Die Tatsache, dass sich – nach meiner Beobachtung – die Vertreter keiner anderen Wissenschaft so intensiv mit ihrer politikberatenden Rolle auseinandersetzen, mag ein Indiz für die besonderen objektiven Notwendigkeiten oder auch Schwierigkeiten ökonomischer Politikberatung sein. Sie könnte aber auch dem einen oder anderen Ökonomen Anlass zum Nachdenken über unser

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrags am IfG der Universität Münster am 28.03.2003.

Selbstbewusstsein und unser Selbstverständnis als Ökonomen geben. Es gibt auch heute noch einige anerkannte die Politik beratende Professoren der Ökonomie, die ihre Vorträge gerne mit dem verräterischen "Wir als Ökonomen sehen dies so ... " beginnen. Ich habe noch keinen Juristen, Arzt oder Naturwissenschaftler gehört, der seine Expertisen mit solchen quasi entschuldigenden Phrasen beginnt.

Beratung - "Consulting" - hat sich in unserer modernen Dienstleistungsgesellschaft zu einem der dynamischsten Wirtschaftszweige entwickelt. Beratung durchdringt heutzutage alle Lebensbereiche wie das Fadenwerk eines Myzels, von der Geburt bis zum Tod. Keine Lebensäußerung eines Individuums, ohne dass sich Berater gegenseitig auf die Füße treten, um ihren mehr oder weniger erbetteten Rat zur Verfügung zu stellen – wenn möglich gegen Entgelt, sei es aus privaten, sei es aus öffentlichen Kassen. Der moderne Mensch ist von Beratern geradezu umzingelt, und dem Politiker geht es da nicht anders als dem Bürger. Es vermag daher auch nicht zu verwundern, dass auch die Ökonomen – die Volkswirte also – die Beratung als lukrativen Anwendungsfall ihrer professionellen Kompetenz entdeckt haben. Dabei steht als Adressat der Beratung "Politik" in einem sehr allgemeinen Sinne ganz im Vordergrund des Interesses. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass das zentrale Erkenntnisobjekt der Ökonomie die Funktionsweise ganzer Volkswirtschaften ist, auf deren politische Steuerung die Beratung zielt. Zur "Politik" rechnen wir dabei einzelne Politiker, Gruppen von Politikern, wie die politischen Parteien oder die parlamentarischen Fraktionen und deren Ausschüsse und deren einschlägig tätige Mitarbeiter, die Ministerien oder ganze Regierungen, oder die politische Öffentlichkeit ganz allgemein.

Als Berater der Politik wirken Ökonomen, die in Wirtschaftsforschungsinstituten tätig sind, solche in Unternehmensberatungen, die Legionen, die selber als Lobbyisten auftreten oder die solche Lobbyisten aus dem Hintergrund beraten und damit indirekt zur Politikberatung beitragen und die im Jargon der Szene auch gerne als "Büchsenspanner" bezeichnet werden. Vor allen anderen Ökonomen aber geben sich Lehrstuhlinhaber jeglicher Provenienz und Überzeugung dem Hobby politischer Beratung hin. Selbst diejenigen, in deren Köpfen und Schriften die "political economy" zur semantischen Mathematik verkommen ist, reden munter über das Wohl und Wehe ganzer Volkswirtschaften, wenn sie denn von der Politik zur Abgabe entgeltlicher Meinungsäußerungen aufgefordert wurden oder sich deren nicht enthalten zu können glauben.

Vergessen sollte man schließlich auch die Wirtschaftsjournalisten nicht, gab es doch Zeiten, in denen Beschlüsse der deutschen Bundesregierung von Kommentaren im Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abhingen. Heutzutage würde man gerne mancher europäischen Nationalregierung die häufigere Lektüre – und Beachtung – des Economist nahe legen, auch wenn durch dessen Beiträge zuweilen Reste imperialer britischer Großmachtssehnsucht oder die ökonomischen Vorurteile oder Interessen der Londoner City durchschimmern.

Unter den zahlreichen Subspezialitäten des Beratungsgewerbes ist die wissenschaftliche Beratung nach Anspruch und Ansehen zweifellos die höchste Form, wenn auch nicht notwendigerweise die zuverlässigste oder die teuerste. Der Einfachheit halber und in Übereinstimmung mit umgangssprachlicher Übung soll dabei unter wissenschaftlicher Beratung eine Beratung durch "Wissenschaftler" verstanden werden, auch wenn dadurch die Schwierigkeiten der Abgrenzung der wissenschaftlichen zu einer "nur" fachkompetenten Beratung nur unvollkommen umgangen werden. Viel wissenschaftliche Beratung hat mit wissenschaftlicher Tätigkeit im strengen Wortsinne herzlich wenig zu tun. Man kann es auch ad personam und vielleicht weniger freundlich formulieren: nicht jede Äußerung eines Wissenschaftlers genügt den strengen Kriterien der Wissenschaftlichkeit. Doch belassen wir es im Folgenden bei einer umgangssprachlichen Verwendung des Begriffs "wissenschaftliche Beratung", bei der typischerweise die begrifflichen Ränder vage verschwimmen.

Eine Art wissenschaftlicher Beratung der Politik dürfte bis weit in die Zeiten zurückgehen, in denen es Wissenschaft als Institution im modernen Sinne noch gar nicht gegeben hat. Die zunehmende Komplexität aller Bereiche des modernen Lebens macht die Einbeziehung wissenschaftlichen Sachverständes in alle Politikbereiche in einem objektiven Sinne zunehmend erforderlich. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind aus den politischen Prozessen nicht mehr wegzudenken. Ohne sie ist zielorientierte und zweckadäquate Politik nicht mehr möglich. So nimmt es denn auch nicht Wunder, wenn sich Politik zunehmend wissenschaftlicher Beratung bedient und zugleich zum bevorzugten Ziel wissenschaftlicher Berater wird.

Wissenschaftliche Beratung erfüllt in pluralistischen Demokratien, insbesondere in konsensorientierten Gesellschaften, allerdings auch wichtige politische Funktionen, die von der technokratischen Rechtfertigung unpopulärer politischer Entscheidungen – man könnte dies feiges Verstecken der Politiker vor ihrer Wähler-

schaft nennen – bis hin zum sachpolitischen Sparring reichen. Als Sparringspartner eines Politikers nimmt der Wissenschaftler eine Funktion wahr, die irgendwo zwischen der eines modernen Coachs und der eines mittelalterlichen Hofnarren liegt.

Nicht immer ist freilich Wissenschaft drin, wo Wissenschaft drauf steht. Nur allzu häufig sind die Fälle, in denen man explizit von wissenschaftlicher Beratung spricht, um der beratenden Tätigkeit die höheren Weihen der tieferen Einsicht und der Liebe zur objektiven, über allen Parteien und Interessen stehenden Wahrheit zu verleihen. Häufig ist es gerade der Adressat der Beratung, der Wert auf deren vorgebliche Wissenschaftlichkeit legt, weil er um das positive Vorurteil weiß, das die Gesellschaft bei jeglichem Urteil dem "Professor" entgegenbringt, und weil er den Eindruck vermeiden möchte, er vertrete nur das simple Profitinteresse seiner Klientel statt des höheren Gemeinwohls. Es gibt umgekehrt aber auch Professoren, die - auf Dauer zu Politikern mutiert - bei allen ihren politischen Äußerungen den Anschein zu erwecken suchen, es handele sich dabei um den Ausfluss schiefer wissenschaftlicher Objektivität.

Wir wissen indessen, und das heißt konkret: es hat sich bis in die Lehrbücher der Theorie der Wirtschaftspolitik herumgesprochen, dass es aus einer Reihe von Gründen eine wissenschaftliche Beratung der Politik im eigentlichen Wortsinne nicht gibt, ja, auf Grund von erkenntnistheoretischen Erwägungen gar nicht geben kann. Wissenschaft und Politik sind strukturell inkongruent. Sie verwenden unterschiedliche Begriffsgebäude und Terminologien, sie stellen also verschiedene Sprachkreise dar, und sie gehorchen unterschiedlichen und miteinander inkompatiblen inneren Gesetzmäßigkeiten.

Wissenschaft ist erkenntnisorientiert. Sie versucht, die Wirklichkeit zu verstehen und die in ihr wirkenden Gesetzmäßigkeiten zu ergründen und beides in möglichst sparsamer Weise zu beschreiben. Dabei müssen drei Kriterien erfüllt sein:

1. Wissenschaft ist logisch. Ihre Ableitungen müssen ausnahmslos den Gesetzen der Logik genügen. Ihre Argumentationen müssen in sich schlüssig und widerspruchsfrei sein. Sie kennt ein Richtig oder Falsch. Sie dient damit der Approximation von so etwas wie "Wahrheit".

2. Wissenschaft ist kritisch. Ihre Aussagen müssen sich immer wieder in Frage stellen und überprüfen lassen. Das Ethos des Wissenschaftlers ist, bessere, genauere, umfassendere, allgemeinere Ableitungen und Erklärungen zu finden. Ihre Erkenntnisse sind daher stets vorläufig. Sie ist darauf angelegt, neues Wissen zu finden. Nicht von ungefähr stellen die Nebentätigkeitsverordnungen für Professoren zur Abgrenzung einer genehmigungsfreien wissenschaftlichen Nebentätigkeit von einer genehmigungspflichtigen Anwendung bekannter wissenschaftlicher Methoden auf den Grad der Neuartigkeit des Ergebnisses der Tätigkeit ab, ohne dass die Kultusbehörden immer willens oder in der Lage wären, diese zu beurteilen.
3. Wissenschaft ist objektiv. Sie setzt die Unabhängigkeit ihrer Ergebnisse von den Personen voraus, die sie vertreten. Wann immer möglich, müssen sich ihre Aussagen durch Experimente belegen lassen, die, sofern korrekt durchgeführt, stets zu denselben Ergebnissen führen, unabhängig davon, wer immer sie vornimmt.

Der politische Prozess dagegen ist entscheidungsorientiert. Sein zentrales Kriterium ist die Akzeptanz. Es braucht eine Mehrheit der Abgeordneten der Regierungspartei(en), um zu einer Entscheidung über einen Gesetzentwurf zu gelangen, und es bedarf der Akzeptanz des Gesetzes durch die Reglementierten, damit es gesetzeskonform und wirksam umgesetzt werden kann. "Machbarkeit" ist daher einer der Schlüsselbegriffe der politischen Diskussion. Bismarck formulierte es vornehmer: Politik ist die Kunst des Möglichen.

Um zu einer Mehrheit zu gelangen, ist es regelmäßig erforderlich, einander widersprechende Wunschvorstellungen auf dem Wege "fauler" Kompromisse" - durch "Kuhhandeln" - simultan zu bedienen. Häufig genug wird die Entscheidung aber auch hierarchisch autoritär gefällt: Nicht nur beim Skat gilt: Ober sticht Unter, wobei persönliche Vorurteile oder Idiosynkrasien und nicht etwa sachlogische Kriterien oder gar logische Konsistenz den Ausschlag geben. Gesetze sind deshalb nicht notwendigerweise in sich widerspruchsfrei. Sie sind es allenfalls ausnahmsweise. Gemeint sind hiermit sachliche Widersprüche zwischen einzelnen Vorschriften; die einzelnen Sätze des Gesetzestextes sind natürlich in sich widerspruchsfrei formuliert.

Ein eklatantes Beispiel hierfür liefern die Vorschriften über die Qualitätssicherung bei der Arzneimittelversorgung. Auf der einen Seite soll die Erstattungsfähigkeit medizinischer Leistungen vom wissenschaftlichen Nachweis ihrer Wirksamkeit abhängen. Dies ist die Forderung nach sogenannter "evidenzbasierter Medizin". Auf der anderen Seite werden aber die euphemistisch als "besondere Therapie-richtungen" bezeichneten Therapieansätze oder Arzneimittel durch Sondervorschriften vor jeglichem wissenschaftlichen Nachweis ihrer Wirksamkeit geschützt. Was den Asiaten der Zahn des Tigers ist dem esoterisch orientierten Europäer der Hoden des Stiers. Der moderne aufgeklärte Mensch greift für die gleichen Zwecke auf Viagra oder Levitra zurück.

Politik als Entscheidungshandeln kann weder strikt objektiv noch durchgängig kritisch sein. Gesetzgebungsprozesse werden aufgenommen, wenn gesellschaftliche Missstände nach Auffassung der Majorität der Politiker oder nach Meinung eines relevanten Teils ihrer Wählerschaft eine "Schmerzgrenze" erreicht haben, jenseits derer ein Nicht-Tätigwerden mit dem Entzug der Wählergunst oder dem Verlust von Macht und Einfluss geahndet wird.

Diskussionen über zweckmäßige Lösungen können auch nicht beliebig lange, gewissermaßen bis zur definitiven, objektiven Klärung des Sachverhalts fortgesetzt werden. Allein schon die "Produktionskosten der Gesetzgebung", die in den Mühen bestehen, Mehrheiten zusammenschweißen, erzwingen ein Ende der Diskussion spätestens dann, wenn sich eine Mehrheit herausgebildet hat. Widersprechende Fakten oder Auffassungen werden dann bis hin zur glatten Verleugnung von Tatsachen aus der politischen Wahrnehmung ausgeschlossen. Man führe sich nur die Farce der Anhörungen vor Augen, in denen sich die Ausschussabgeordneten von naiven oder willfährigen oder anerkennungssüchtigen Wissenschaftlern mittels vorbereiteter Fragen ihre bereits gefassten Vorurteile öffentlich bestätigen lassen.

Natürlich haben es die wissenschaftlich tätigen Ökonomen unternommen, die von ihnen beobachteten Eigenheiten des politischen Prozesses in ihre Überlegungen zur Beratung der Politik einzubeziehen. Zu diesem Zweck bilden sie bestimmte Eigenheiten des politischen Prozesses in ihrer eigenen Terminologie ab und fügen die Ergebnisse dieses Unterfangens zu einer politischen Ökonomie oder einer Theorie der Wirtschaftspolitik zusammen.

Ein grundlegender Fehler dieser Ansätze liegt jedoch darin, dass sie auf der Prämisse basieren, dass es für jede wirtschaftspolitische Problemstellung eine optimale Lösung gebe, die sich nach den Regeln der ökonomischen Theorie ableiten ließe. Seit dem richtungsweisenden Werk von Lionel Robbins aus den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird Wirtschaften als optimaler Mitteleinsatz zur Erreichung vorgegebener Ziele unter Nebenbedingungen verstanden und die ökonomische Theorie von was auch immer, von der Ehe über die Politik bis zum Selbstmord, besteht darin, das jeweilige Handeln unter dieses allgemeine Prinzip zu rubrizieren. Es ließe sich zeigen, dass so gut wie nichts am politischen Prozess der allgemeinen Definition von Wirtschaften entspricht. Ich will mich auf wenige Argumente beschränken.

Viele (beratende) Ökonomen, aber auch viele Berater, die aus anderen Wissensbereichen kommen, glauben, dass sie für eine anständige Beratung die Ziele der Beratenen kennen sollten. Nun weiß der moderne Ökonom, dass es keine zu maximierende gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion gibt. Als Zielsurrogat schwebt ihm deshalb so etwas wie das über allen Partikulärinteressen stehende Wohl der Allgemeinheit, das "Gemeinwohl" vor, das er seinen Überlegungen zugrunde legt. Auch Politiker berufen sich gerne darauf, dass sie das über den Partikulärinteressen stehende Gemeinwohl vertreten. Dem gelernten Ökonomen steht freilich noch ein anderer Ausweg zur Verfügung: er postuliert so etwas wie eine gesamtwirtschaftliche Effizienz, die es zu verfolgen gelte. Nach meinem Eindruck ist dies sogar der Regelfall. Auch meinen die beratenden politischen Ökonomen, dass sie bei ihren Analysen das Eigeninteresse der Politiker zu berücksichtigen hätten, welches sie in einer Maximierung der Wählerstimmen sehen. Nach meiner Überzeugung zielen diese Überlegungen erheblich zu kurz.

Die Ziele einer Politik sind nicht einfach da. Sie werden im politischen Prozess gebildet. Das Bemühen eines Politikers, andersdenkende Kollegen für die eigene Meinung zu gewinnen, gilt nicht nur den sachlogischen Erkenntnissen, sondern auch den jeweils zu verfolgenden Werten und Zielen. Politische Beeinflussung ist ebenso oft ein Bekehren wie ein Überzeugen. Dabei spielt es eine große Rolle, dass es **die** Politik oder **die** Regierung ebenso wenig gibt wie **die** Unternehmung. Es gibt immer nur einzelne Akteure, die in vielfältigen Beziehungen und Abhängigkeiten zueinander stehen und die in ganz unterschiedlichen Gruppierungen zusammenwirken. Auch die einzelnen Träger des politischen Prozesses verfügen keineswegs über eine feste, in sich konsistente, konkrete Zielvorstellung, die sie über den politischen Zielfindungsprozess hinweg unverändert beibehalten. Es gibt nicht einmal einen abschließenden Kanon von

gibt nicht einmal einen abschließenden Kanon von potentiellen Zielen, wie es das berühmte magische n-Eck der Wirtschaftspolitik völlig irreführend suggeriert.

Natürlich haben Politiker bestimmte generelle Zielvorstellungen, die sie zum Eintritt in eine bestimmte Partei, zur Mitarbeit in einer bestimmten Gruppierung, auch zu politischen Forderungen und Äußerungen veranlassen. Doch im Zuge der Umsetzung ihrer goals in objectives und schließlich targets, in konkrete Maßnahmen also oder in Gesetzesvorschriften, werden die abstrakten Ziele, Wünsche und Hoffnungen vielfältig gebrochen, modifiziert und angepasst. Die feste unbeugsame Überzeugung ist die Mär und nicht die Regel – sieht man von Bush und Rumsfeld einmal ab. Die zentralen Annahmen der ökonomischen Theorie, dass die Präferenzen konstant seien oder sich doch wenigstens nur über längere Zeiträume hinweg ändern als sie für Änderungen von Preisen und Einkommen gelten, und dass beide voneinander unabhängig seien, trifft für politische Entscheidungsprozesse eben gerade nicht zu. Zielbildung und Mittelwahl stehen in einem analytisch unauflösbaren interdependenten Zusammenhang.

Im politischen Zielbildungsprozess kommt es dann auch zu einer dialektischen Spannung zwischen den eigenen Gestaltungsvorstellungen der Politiker und den objektiven Notwendigkeiten des Gewinnens und des Erhaltens von Macht und Einfluss. Doch auch das Gewinnen und Erhalten von Macht und Einfluss ist keine eindimensionale Größe. Der Wähler ist in parlamentarischen Demokratien nur einer von vielen Faktoren, auf die ein Politiker Rücksicht nehmen muss. Ein Faktor zumal, der nur zu bestimmten Zeiten – bei Wahlen – Relevanz gewinnt und der darüber hinaus auch noch den Charakter eines öffentlichen Gutes trägt, jedenfalls unter dem Regime eines Verhältniswahlrechts, unter dem der eigene Wähler eine ganze Partei und nicht eine einzelne Persönlichkeit wählt und damit häufig genug auch den politischen Rivalen. Macht und Einfluss erfordert auch die Abstützung auf gesellschaftlich relevante Gruppen wie etwa die Gewerkschaften oder Kirchen, den Kotau vor der Fraktionsführung und den Granden der eigenen Partei, die Akzeptanz bei der lokalen Parteioorganisation, den Kontakt zu den Medien und vieles andere mehr. Die Zielfunktion des Politikers ist typischerweise mehrdimensional. Die Maximierung der Wählerstimmen ist nur eines der vielen Ziele und Motive, die einen Politiker bewegen.

Und schließlich noch: Kein Politiker kann sich a priori dem Diktat einer Beratung unterwerfen, deren Aussage ihm – so sachlogisch korrekt sie auch sein mag – keinen diskretionären Entscheidungsspielraum innerhalb dieses Ziel-Mittel-Geflechts

mehr belässt - welche ihn, mit anderen Worten, seiner eigentlichen raison d'être beraubte.

Der Prozess wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung und der Prozess politischer Entscheidungsfindung sind also nicht nur inkompatibel, sondern geradezu konträr. Wissenschaftliche Beratung im strikten Sinne des Wortes "wissenschaftlich" kann es daher prinzipiell nicht geben. Es gibt aber auch einen pragmatischen Grund, der einer wissenschaftlichen Beratung im strikten Wortsinn entgegensteht: Gerade in politisch wichtigen Fragen gibt es die *einzig* wissenschaftliche Lehrmeinung gar nicht. Wissenschaft ist stets im Fluss und organisiert sich vielfach in "Schulen", die in einem Bereich, der so eng mit gesellschaftlichen Werturteilen verwoben ist wie die Ökonomie, häufig eine ausschlaggebende Rolle spielen. Ob man sich als Keynesianer oder als Monetarist, als Anhänger der Neoklassik oder einer evolutionären Wirtschaftssicht bekennt, ist keine Entscheidung, die sich allein auf objektive Überlegungen stützen und ohne Zuhilfenahme von Werten fällen ließe. Nicht von ungefähr haben die Gründungsväter der heutigen Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften ihre Gründung "Verein für Socialpolitik" genannt und die Bezeichnung "Kathetersozialisten", die ihnen von politisch Andersdenkenden angehängt wurde, sehr wohl als ehrenvoll akzeptiert. Und dass auch an der Marxschen Lehre vom Mehrwert etwas "dran" ist, sollte kein noch so neoklassisch orientierter Wissenschaftler leugnen, der seine Assistenten bei seiner privaten Beratungstätigkeit einsetzt.

Natürlich gibt es einen gemeinsamen Fundus an Wissen über Fakten und Zusammenhänge und an Erkenntnissen über Funktionsweisen, die jedem Fachmann bekannt und die weitgehend unstrittig sind. Sie können jederzeit Gegenstand einer fachfraulichen oder einer fachmännischen Beratung sein, und Wissenschaftler sind für solche Fragen häufig besonders sachverständige Fachleute. Bei der Beratung der Politik geht es jedoch vielfach um "Grenzprobleme", um Fragen, die bislang nicht gelöst oder nicht einmal erörtert worden sind. Oder es geht darum, neue Problemlösungen zu erproben, über die vielleicht schon viel nachgedacht worden ist, über die aber keine praktischen Erfahrungen vorliegen. Dies gilt sicherlich für die derzeit anstehenden Reformen der Systeme der sozialen Sicherheit. Hier hat jeder Wissenschaftler seine eigene und sicherlich nicht nur fachlich fundierte Meinung.

Diese Offenheit von Wissenschaft ist auch einer der Gründe dafür, dass es häufig einander widersprechende Gutachten gibt. Man hat als Auftraggeber von Beratung fast immer die Möglichkeit, einen Wissenschaftler zu finden, der die eigenen Vorurteile wissenschaftlich begründet und auch in voller ehrlicher Überzeugung seinen Namen dafür hergibt. In Grenzfragen existiert zu jedem Zeitpunkt ein breites Spektrum unterschiedlicher Auffassungen, die zu diesem Zeitpunkt wissenschaftlich wohlbegründet erscheinen müssen.

Nun ist Politik aber auf externes Expertenwissen und externen fachlichen Sachverstand angewiesen, weil Expertise in modernen Gesellschaften bei aller Qualifikation, über die die Ministerialbürokraten und die Parlamentarier verfügen, weder in der Administration noch in den Parlamentsausschüssen im wünschenswerten und erforderlichen Ausmaß vorgehalten werden kann. Es wäre daher gänzlich weltfremd, anzunehmen oder gar zu erwarten, dass Politik auf sachverständigen Rat von Wissenschaftlern oder anderen professionellen Beratungsinstitutionen verzichten könnte. Das Wissenschaftliche an der wissenschaftlichen Beratung leidet dann allerdings darunter, dass die Beratung durch Wissenschaftler erfolgt, die zwar einerseits nach wissenschaftlichen Methoden analysieren und schlussfolgern, aber andererseits ihre Expertenmeinungen dahingehend formulieren, dass sie den Anforderungen der entscheidungsorientierten Politik mehr oder weniger gerecht werden können. Beratende Wissenschaftler sind, mit anderen Worten, immer in einer Grauzone zwischen wissenschaftlichem Ethos und politischem Engagement tätig. Sie bewegen sich in einem hoffnungslosen Zwiespalt zwischen Objektivität einerseits und Parteinahme andererseits.

Dabei wird der Kompromiss, den sie zwischen beiden Zielen aus Überzeugung eingehen oder zu schließen gezwungen sind, mal mehr zum Wissenschaftlichen, mal mehr zum Politischen hin tendieren. Er wird auch vom Adressaten der Beratung aktiv oder passiv mit bestimmt werden. So werden Wissenschaftler, die sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlen und ihre Erkenntnisse an die Allgemeinheit richten, eine Position einnehmen, die vorwiegend von ihrem wissenschaftlichen Ethos bestimmt ist. Als Beispiele hierfür können Ökonomen gelten, die in Wirtschaftsredaktionen unabhängiger Zeitungen oder Rundfunk- oder Fernsehanstalten oder in Wirtschaftsforschungsinstituten tätig sind. Bei Ökonomen, die entweder selber als Lobbyisten auftreten oder diese im Hintergrund beraten, und bei Beratern politischer Parteien oder einzelner Politiker wird der erste Anschein dafür sprechen, dass sie eher der politischen Motivation gerecht werden wollen.

Immer aber wird es in erster Linie auf den einzelnen Berater und sein Ethos ankommen, wo er sich zwischen wissenschaftlicher Szylla und politischer Charybdis ansiedelt.

Niemand kann jedoch für sich in Anspruch nehmen, dass er völlig frei von jeder Beeinflussbarkeit oder Abhängigkeit sei, es sei denn, er verzichte von vornherein auf jeden Einfluss. Die Forderung nach "unabhängigen" Experten, wie sie sich in jüngerer Zeit in dem einen oder anderen Gesetz findet, ist deswegen auch nichts anderes als eine gezielte Desinformation. Wie sollte wohl einer zum erstklassigen Experten werden, ohne dass er sich auf dem Wege dahin in vielfältige Beziehungen und Abhängigkeiten begäbe, die man früher als "Vitamin B" zu bezeichnen pflegte und heute euphemistisch "Netzwerke" nennt. Ohne solche Beziehungsgeflechte konnte nie jemand auskommen und heute schon erst recht nicht. Es ist schließlich auch nicht zu erwarten, dass sich Ökonomen für die Beratung der Politik zur Verfügung stellen, die nicht ein Minimum an politischem Enthusiasmus und Engagement mitbringen. Man kann sich für Politik kaum in einem nur abstrakten Sinne interessieren, ohne jedwede, und sei es auch nur innere, wertorientierte Stellungnahme zum konkreten Geschehen.

Ein realistisch denkender Auftraggeber politischer Beratung kann diese Voreingenommenheiten positiv aufgreifen und bei der Besetzung von Beraterpositionen oder Beratergremien gezielt darauf Rücksicht nehmen. Gegen ein solches Vorgehen ist solange nichts einzuwenden, als es offen und transparent geschieht. Es mag deshalb auch dahin gestellt bleiben, ob die illusionslose Vorgehensweise unserer österreichischen Nachbarn nicht zu befriedigenderen Ergebnissen führt, die gar nicht erst auf Unabhängigkeit der Experten abstellen, sondern nach Omas altem Strickmuster verfahren: eine schwarze Masche von rechts stricken, eine rote von links und alle neutralen Maschen fallen lassen. Transparenter und ehrlicher ist dies allemal, auch wenn der eine oder andere darin vielleicht einen zynischen Unterton gegenüber den Wissenschaftlern zu erkennen vermeint.

Es gibt freilich auch den beratenden Pfiffikus, der seine Objektivität und Unabhängigkeit dadurch zu belegen sucht, dass er – wie in der Gesundheitspolitik offenbar weit verbreitet – quasi als intellektueller Doppelagent mehreren miteinander in einer Auseinandersetzung stehenden Parteien Gutachten in derselben causa erstattet, die den jeweiligen Parteienstandpunkt wirksam argumentativ unterstüt-

zen. Ich will nicht bestreiten, dass es rein logisch nicht auszuschließen ist, dass er wirklich unabhängig gutachtet und sich seine Gutachten in keinem Punkte widersprechen, nicht mal durch Auslassungen. Wahrscheinlicher aber ist, dass hier der Fall vorliegt, den der Volksmund treffend so beschreibt: Ich bin nicht bestechlich, ich nehme von jedem. Eine solche "Multidirektionalität" lässt sich auch konstatieren, wenn Mitglieder oder gar Vorsitzende von gesetzesamtlichen Beratungsgremien, die von Hause aus dem "Gemeinwohl" verpflichtet wären, zugleich Parteigutachten erstatten.

Die beratende Tätigkeit in der Grauzone hat ihren Preis – für den beratenden Wissenschaftler wie für die Gesellschaft. Für den Wissenschaftler gilt: "Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um." Wer sich mit Politik einlässt, kommt nicht umhin, dass mit ihm auch nach den Regeln der Politik verfahren wird. Er muss sich dann politische Kritik gefallen lassen, und diese hat heute nur noch wenig von den Spielregeln des höflichen Umgangs miteinander an sich, die einmal für die bürgerliche Gesellschaft maßgebend waren. Bleibt der Wissenschaftler zu wissenschaftlich, so ist er abstrakt, abgehoben, weltfremd – kurz: unbrauchbar. Wird er zu politisch, leckt dabei aber gegen den Stachel, so muss er sich auf alles gefasst machen, bis hin zur Zote eines Fraktionsvizevorsitzenden Stiegler, der es im Verleugnen seines Bildungshintergrundes zu einer unübertrefflichen Meisterschaft gebracht hat.

Überschreitet der Wissenschaftler freilich eine gewisse unausgesprochene Grenze zum Politischen hin, weil er sich mit dem Beraten nicht zufrieden geben will und selbst einen direkten politischen Einfluss ausüben möchte, wie es offenbar einigen Professoren in der Rürup-Kommission geht, entwickelt er sich gewissermaßen zum intellektuellen Söldner, so ist er einerseits der Verachtung seiner ursprünglichen Peers sicher: Als Wissenschaftler wird er nur noch schräg angesehen. Andererseits muss er damit rechnen, dass er von seinen neuen Politikerkollegen als nützlicher Handlanger behandelt wird, als fellow traveler, dessen Argumente je nach momentaner politischer Zweckmäßigkeit betont oder vernachlässigt werden.

Kommt der Wissenschaftler auf Dauer mit diesem Schwebezustand nicht zurecht, bleiben ihm zwei Möglichkeiten. Er kann versuchen, zu einem echten Politiker und Mitglied des Parlaments zu mutieren, und dennoch weiterhin bei allen seinen politischen Äußerungen den Anschein erwecken, es handele sich bei diesen um

den Ausfluss schierer wissenschaftlicher Objektivität. Der Bundestag hat seit seinen Anfängen eine ganze Anzahl wissenschaftlicher Politiker zu seinen Reihen gezählt, auch in der Sozialpolitik.

Er hat aber auch die Möglichkeit, dass er formal und institutionell Wissenschaftler bleibt, sich aber zu einem ausgewachsenen marodierenden politico-intellektuellen "Warlord" fortentwickelt, der darum kämpft, Politik in bestimmte subjektiv konzipierte Richtungen zu drängen. Hängt er sich dabei an einen bestimmten Politiker oder an einen bestimmten politischen Clan, dann sollte er auch ehrlich genug sein, die Berufsbezeichnung "wissenschaftlicher Berater" abzulegen, und sich offen zur Berufsbezeichnung "Consigliere" bekennen.

Das Risiko, das ein überbordendes Beratungsgewerbe für die Gesellschaft mit sich bringt, liegt darin, dass es ihr zunehmend unmöglich wird, die Qualität des Beraters zu beurteilen und hinreichend Distanz zu dem Berater zu halten, um die eigene Autonomie zu wahren. Dieselbe Ursache, die den Einsatz von Beratern erforderlich macht, macht es der Gesellschaft zugleich schwerer, dieselben zu kontrollieren. Die Gesellschaft ist fahrlässigen wie vorsätzlichen Scharlatanen² ebenso ungeschützt ausgeliefert wie dem immer vorhandenen Risiko, die Zukunft trotz aller Vorsicht und allen Sachverstandes falsch eingeschätzt zu haben.

Fließende Übergänge zwischen den Extremen "richtig" und "falsch" machen darüber hinaus ein sicheres Urteil schwierig. Wer außer den Sachverständigen selbst und anderen ihresgleichen vermag schon die methodische Problematik, ja Fadscheinigkeit des Zitierens von Leerformeln oder Einseitigkeiten, wie etwa "Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass ..." oder "In der Region x hat eine Untersuchung ergeben, dass ...", zu durchschauen und in ihrer Bedeutung für die dargestellte Behauptung zu beurteilen? Ich entsinne mich der argumentativen Künste eines bekannten politischen Wissenschaftlers im Umgang mit nicht belegten Scheinzitaten. Er pflegte mit großer Emphase mit den Worten: "Ich zitiere ... blabla bla blablabla ... Zitat Ende" auf als solche bezeichnete "wissenschaftliche

² Der mehr oder weniger bewusste Missbrauch von Gutachtertätigkeit wird anschaulich anhand vieler Beispiele aus den Naturwissenschaften belegt in Bultmann, Antje und Friedemann Schmithals (Hrsg.): Käufliche Wissenschaft. München 1994. Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf.

Erkenntnisse" zu verweisen, ohne je einen Hinweis auf die eigentliche Quelle zu geben - denn es waren seine eigenen Veröffentlichungen.

Die politischen Berater bewegen sich derzeit in einem rechtsfreien Raum, und das ohne Konsequenzen. Sie entbehren der demokratischen Legitimation und unterliegen keiner politischen oder wirtschaftlichen Haftung. Nicht von ungefähr ist in der Wirtschaft die Idee aufgekommen, Berater dürften sich nicht nur auf den Entwurf großartiger Konzeptionen beschränken, sondern müssten auch verantwortlich, und das heißt haftend, in die Umsetzung ihrer Ratschläge einbezogen werden. Doch wer haftet, wer zahlt für die Irrtümer und offensichtlichen Fehler eines politischen Beraters, von Gutachtern oder eines Sachverständigenrats? Hierauf gibt es eine eindeutige Antwort: Im Zweifelsfall der Steuerzahler.

Missbrauch gibt es nicht nur auf Seiten der Berater, es gibt sie auch bei den Auftraggebern. Zum Beleg verweise ich auf ein unwürdige Schauspiel zweier Bundesgesundheitsministerinnen: Andrea Fischer hatte ein wissenschaftliches Gutachten zur Reform des Risiko-Struktur-Ausgleichs vergeben, ihrer Nachfolgerin, Ulla Schmidt, gefielen die Ergebnisse nicht, so dass sie zunächst ein parallel entstandenes Parteiengutachten dem von ihrem eigenen Haus vergebenen Gutachten vorzog und schließlich beide Gutachtergruppen zu einem (faulen) Kompromiss zwang, den aber keine der beiden Gruppen wirklich mittragen wollte: Eine wahre Sternstunde deutscher wissenschaftlicher Politikberatung und zweifellos kein Ruhmesblatt für alle Beteiligten.

Es sollte allen klar sein, dass es so nicht weitergehen kann. Einerseits darf die Gesellschaft nicht die Beute geld- und einflussgieriger Beratungshyänen werden, die sich, wenn es ernst wird, der Haftung entziehen können. Andererseits darf die Politik wissenschaftliche Berater aber auch nicht zu Argumentationsdomestiken herabwürdigen, die je nach momentanem Bedarf diese oder aber auch die gegenteilige Position "wissenschaftlich" zu begründen haben. Wissenschaftler müssen sich auch als Berater weiterhin grundsätzlich dem wissenschaftlichen Ethos verpflichtet fühlen oder offen den Schritt zum sachkompetenten Politiker vollziehen. Und Politiker müssen sich ihrer politischen Verantwortung vor der ganzen Gesellschaft bewusst sein und in diesem Bewusstsein verantwortlich handeln und nicht die Verantwortung Beratern zuschieben wollen. Vielleicht gelingt es ja, auf der Basis einer freiwilligen Selbstkontrolle und anerkannter Spielregeln die feine Ba-

lance zwischen wissenschaftlichem Anspruch und politischer Verantwortung so auszutarieren, dass das Beratungsvolumen auf ein vernünftiges und erträgliches Maß reduziert und die wissenschaftliche Beratung der Politik zum Nutzen aller erfolgt, ohne dass es hierzu eines Berater- und Beratungsgesetzes bedarf.

Damit, so denke ich, ist der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen eine sachlogisch basierte Beratung der Politik durch Ökonomen Sinn macht, und das heißt, Wirkung zeigen kann und bei den beratenden Ökonomen nicht in Frustrationen endet. Im Zeitalter des Leistungsstaates und des ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchs, der mit der neuen Informationstechnologie und der Globalisierung einhergeht, ist eine solche Beratung zwingend erforderlich, ja unverzichtbar. Und sie kann sich nicht auf die großen Themen der Ökonomie, Geld-, Fiskal- und Steuerpolitik beschränken, die vielen Überlegungen zur ökonomischen Beratung mehr oder weniger unbewusst zugrunde zu liegen scheinen. Keine Rentenreform, keine Gesundheitsreform, keine Reform der intellektuellen Eigentumsrechte, auch nicht die Mittelstandspolitik, kann der ökonomischen Beratung entbehren. Zu selten sind die Staatsmänner und Parlamentarier, die über ökonomisches Verständnis verfügen, als dass der politische Prozess auf den Rat des Ökonomen verzichten könnte.

Zwei Voraussetzungen müssen aber wohl erfüllt sein, um erfolgreich zu beraten. Der beratende Ökonom muss sich erstens frei machen von der Vorstellung, dass seine Wissenschaft sachlogisch abzuleiten gestatte, was für die Gesellschaft, was für die Allgemeinheit am besten, das Optimum, sei. Vielleicht hat die einseitige Fundierung der ökonomischen Theorie auf dem Konzept der Optimierung in uns Ökonomen zumindest unbewusst die trügerische Überzeugung wachsen lassen, dass dieses Konzept auch für die wirkliche Wirklichkeit außerhalb unserer Lehrbücher gelte. Wie sagte der Präsident eines der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute so schön: "Ich glaube an unsere Lehrbücher". Und wie antworten unsere französischen Freunde in solchen Situationen so treffend: "Tant pis pour la réalité" - umso schlimmer für die Wirklichkeit.

Auch der Rat des Ökonomen ist Teil - will sagen: **nur** Teil - des gesellschaftlichen Diskurses, der in demokratischen Gesellschaften den politischen Prozess trägt und an dem viele andere – Fachleute mit Sachlogik wie Vertreter der Interessen gesellschaftlicher Gruppen – gleichermaßen teilnehmen und mit Voten aus ihrer unterschiedlichen Sicht heraus bereichern. Ein gesellschaftliches Optimum

gibt es nicht – prinzipiell nicht, wie ich meine, und sicherlich nicht im Vollzug politischer Prozesse. Denn weder kennen wir das Gemeinwohl – wenn es denn so etwas, von allen gleichermaßen verstanden und akzeptiert, überhaupt gibt – noch interessiert sich irgendjemand außer uns Ökonomen für gesamtwirtschaftliche Effizienz. Zwar hat die Überschwemmung von Politik und Gesellschaft mit ökonomischen Gutachten auch zu einem profusen, ja hypertrophen Gebrauch ökonomischer Vokabeln wie der "Effizienz" geführt. Allein: Deren Anwendung geschieht ohne tieferes und häufig genug auch ohne nur oberflächliches Verständnis. So hat sich neulich ein führender deutscher Gesundheitspolitiker – Apotheker von Ausbildung – auf einem geschlossenen Workshop vor einschlägigen Entscheidern und Fachleuten der gesundheitspolitischen Szene zu der Forderung verstiegen, die Effizienz des Gesundheitswesens müsse optimiert werden. Was sagte mir mein Fahrer in meinen aktiven Zeiten, wenn ich ihn danach fragte, wie der neue Dienstwagen im Vergleich zum alten sei: "optimaler, Herr Professor, optimaler".

Doch kein Mensch außer theoretischen Ökonomen interessiert sich für Effizienz. Interesse besteht nur für Verteilung. Um meinen leider viel zu früh verstorbenen Freund Clemens August Andreae zu zitieren: "Wer das Kreuz hat, segnet sich selbst zuerst". Da hilft keine noch so ehrlich gemeinte Zusicherung von Ökonomen, es könne im Prinzip allen besser gehen, wenn man sich nur der effizienten Allokation der Ressourcen weiter annähern wollte und dadurch die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigerte. Da hilft auch kein Hinweis darauf, die Gewinner könnten die Verlierer kompensieren. Da hilft **nichts** weiter, weil jeder dem anderen misstraut und weil es sehr gute Gründe dafür gibt, einander zu misstrauen. Zeigt nicht einerseits die Erfahrung, dass die Gewinner zu keiner Zeit bereit waren, freiwillig mit den Verlierern zu teilen, und dass es stets harter Auseinandersetzungen bedurfte, um wenigstens eine Teilkompensation zu erreichen? Und zeigen nicht andererseits Beobachtungen und Analyse, dass solche Auseinandersetzungen fern der Annahmen der ökonomischen Theorie bevorzugt mit Instrumenten ausgefochten werden, die das politische Leben erst bunt, unterhaltsam und liebenswert machen wie beispielsweise die intelligente und elegant formulierte Desinformation, wie Drohung, wie arglistige Täuschung und Intrige, wie das Spiel mit verhandlungstaktischen Knautschzonen und was es da noch alles gibt, was jedenfalls die Idee einer optimalen Lösung, wie immer definiert, a priori obsolet werden lässt.

Eine zweite Voraussetzung erfolgreicher Beratung ist eine Ökonomie, die die Einbettung des Wirtschaftlichen in Gesellschaft, in Politik, in Geschichte und in

den gesellschaftlichen Wertekanon nicht vergessen hat und die sich stets dessen bewusst ist, dass Wirtschaften ein ungeheuer dynamischer und innovativer evolutorischer Prozess ist. Wer Wirtschaftstheorie auf Modell-Platonismus reduziert, wer die Beschreibung des Wirtschaftsprozesses mit den Worten beginnt: "Gegeben eine Volkswirtschaft deutsch-V mit semikonvexer Kegeltechnologie deutsch-K und i Präferenzenpräordnungen" sollte sich mit Ratschlägen zurückhalten, wenn es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht. Wer einmal konkrete Erfahrungen mit konkretem Wirtschaften gemacht hat und seine Kenntnisse nicht nur aus wissenschaftlichen Lehrbüchern bezieht, die ihrerseits auf wissenschaftlichen Lehrbüchern basieren, wird kein besonderes Vertrauen in Ratschläge setzen, die aus einer statischen neoklassischen Gleichgewichtstheorie abgeleitet worden sind. So sind beispielsweise die Vorschläge, die Altersrenten, die die Sozialversicherungen leisten, durch eine auf Zwangsbeiträgen beruhende private Kapitalakkumulation zu ergänzen, u.a. damit begründet worden, dass diese in der Vergangenheit die höhere Rendite erbracht habe. Sie sind aber offensichtlich ohne Berücksichtigung der nicht unerheblichen politischen Risiken zustande gekommen, die aus dem Entstehen neuer zusätzlicher hypertropher Kapitalsammelstellen resultieren. Die Vorschläge, der bestehenden Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkung beizukommen, zeigen nur, dass deren Autoren ihre preistheoretische Ausbildung – falls Angehörige meiner Generation – mit Allen oder Henderson-Quandt und – falls in jüngerer Zeit absolviert – mit Roy Radner oder ähnlichem erhalten haben, nicht jedoch, dass sie etwas über die mentale Befindlichkeit – so heißt das wohl heute – der führenden Manager wissen, deren Unternehmen in einem ungemein harten globalen Wettbewerb stehen. Die jedenfalls sorgen sich nur darum, jedweden Arbeitsplatz, den sie entbehren können, möglichst zügig wegzusubstituieren – und daran wird sich auf absehbare Zukunft auch wenig ändern. Und die Autoren haben auch keine Ahnung wie der Handwerksmeister fühlt und handelt, der nur für eine Woche Arbeit für seine Mannschaft hat.

Die wissenschaftliche Diskussion kennt viele verschiedene Modelle für die beratende Teilhabe von Ökonomen am politischen Prozess. Von diesen gefallen mir zwei ganz besonders. Modell eins wird schon seit langem von den Juristen verwendet. Rechtsanwalt und Staatsanwalt wissen beide, dass sie die Interessen ihrer jeweiligen Klientel zu vertreten haben und jeder nur in seiner Rolle, aus dem beschränkten Blickwinkel seiner spezifischen Klientel daran mitwirkt, so etwas wie Rechtmäßigkeit herzustellen. Sie plädieren. Keiner von beiden käme auf die Idee, seinen Standpunkt zum Ausdruck höherer Gerechtigkeit hoch zu stilisieren - hoffentlich. Das macht auch den Juristen für den Auftraggeber eines wissenschaftli-

chen Gutachtens zu einem so angenehmen Partner. Man kann ihn beauftragen, ein Plädoyer zu entwerfen, das alle nur denkbaren Argumente zusammenfasst, die zur Stützung des eigenen Standpunkts dienlich sein könnten. Man kann ihn aber auch um eine kritische Analyse bitten, die sorgsam abwägt und aus der man erkennen kann, welche Chancen man denn bei realistischer Einschätzung hätte. Ersteres dient der Auseinandersetzung selbst, letzteres der Vorbereitung der Entscheidung über eine solche.

Ein zweites Modell ist das des Architekten im Verhältnis zum Bauherrn. In seiner funktionalen Qualität als Bauingenieur ist der Architekt dem Bauherrn verantwortlich, dass die technischen Probleme und die rechtlichen Fragen sachgerecht gelöst werden. Auch in der Beratung durch den Ökonomen müssen die Zusammenhänge korrekt erfasst werden und die Zahlen stimmen. Als Bauleiter prüft der Architekt vergleichend die verschiedenen Gewerke der einzelnen Firmen und Handwerker und macht dem Bauherrn Vorschläge, mit wem kontrahiert werden könnte. Der beratende Ökonom unterzieht die verschiedenen konkurrierenden politischen Ideen und Konzepte einer vergleichenden und ideologiekritischen Analyse. Beide helfen ihrem Auftraggeber, wenn sich im Zuge der Umsetzung neue Probleme oder neue Möglichkeiten ergeben. Der Architekt schließlich hilft dem Bauherrn herauszufinden, was er denn konkret bauen möchte, und der Ökonom dem Politiker bei der Wahl, welche wirtschaftliche Realität er denn anstrebt. In allen Tätigkeiten aber entscheidet letztendlich der Bauherr – der Politiker allein.

Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

- Nr. 1 *Holger Bonus*
Wirtschaftliches Interesse und Ideologie im Umweltschutz
August 1984
- Nr. 2 *Holger Bonus*
Waldkrise – Krise der Ökonomie?
September 1984
- Nr. 3 *Wilhelm Jäger*
Genossenschaftsdemokratie und Prüfungsverband –
Zur Frage der Funktion und Unabhängigkeit der Geschäftsführerprüfung
Oktober 1984
- Nr. 4 *Wilhelm Jäger*
Genossenschaft und Ordnungspolitik
Februar 1985
- Nr. 5 *Heinz Grossekettler*
Ökonomische Analyse der interkommunalen Kooperation
März 1985
- Nr. 6 *Holger Bonus*
Die Genossenschaft als Unternehmungstyp
August 1985
- Nr. 7 *Hermann Ribhegge*
Genossenschaftsgesinnung in entscheidungslogischer Perspektive
Februar 1986
- Nr. 8 *Joachim Wiemeyer*
Produktivgenossenschaften und selbstverwaltete Unternehmen –
Instrumente der Arbeitsbeschaffung?
September 1986
- Nr. 9 *Hermann Ribhegge*
Contestable markets, Genossenschaften und Transaktionskosten
März 1987
- Nr. 10 *Richard Böger*
Die Niederländischen Rabobanken – Eine vergleichende Analyse –
August 1987
- Nr. 11 *Richard Böger / Helmut Pehle*
Überlegungen für eine mitgliederorientierte Unternehmensstrategie
in Kreditgenossenschaften
Juni 1988

- Nr. 12 *Reimut Jochimsen*
Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion –
Chancen und Risiken
August 1994
- Nr. 13 *Hubert Scharlau*
Betriebswirtschaftliche und steuerliche Überlegungen und Perspekti-
ven
zur Unternehmensgliederung in Wohnungsbaugenossenschaften
April 1996
- Nr. 14 *Holger Bonus / Andrea Maria Wessels*
Genossenschaften und Franchising
Februar 1998
- Nr. 15 *Michael Hammerschmidt / Carsten Hellinger*
Mitgliedschaft als Instrument der Kundenbindung
in Genossenschaftsbanken
Oktober 1998
- Nr. 16 *Holger Bonus / Rolf Greve / Thorn Kring / Dirk Polster*
Der genossenschaftliche Finanzverbund als Strategisches Netzwerk –
Neue Wege der Kleinheit
Oktober 1999
- Nr. 17 *Michael Hammerschmidt*
Mitgliedschaft als ein Alleinstellungsmerkmal für Kreditgenossen-
schaften – Empirische Ergebnisse und Handlungsvorschläge
April 2000
- Nr. 18 *Claire Binisti-Jahndorf*
Genossenschaftliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene
August 2000
- Nr. 19 *Olaf Lüke*
Schutz der Umwelt –
Ein neues Betätigungsfeld für Genossenschaften?
September 2000
- Nr. 20 *Astrid Höckels*
Möglichkeiten der Absicherung von Humankapitalinvestitionen
zur Vermeidung unerwünschter Mitarbeiterfluktuation
November 2000
- Nr. 21 *José Miguel Simian*
Wohnungsgenossenschaften in Chile –
Vorbild für eine Politik der Wohneigentumsbildung in Deutschland?
Mai 2001

- Nr. 22 *Rolf Greve / Nadja Lämmert*
 Quo vadis Genossenschaftsgesetz? –
 Ein Überblick über aktuelle Diskussionsvorschläge
Christian Lucas
 Von den Niederlanden lernen? – Ein Beitrag zur Diskussion um die
 Reform des deutschen Genossenschaftsrechts
 Mai 2001
- Nr. 23 *Dirk Polster (unter Mitarbeit von Lars Testorf)*
 Verbundexterne Zusammenarbeit von Genossenschaftsbanken –
 Möglichkeiten, Grenzen, Alternativen
 November 2001
- Nr. 24 *Thorn Kring*
 Neue Strategien – neue Managementmethoden
 Eine empirische Analyse zum Strategischen Management von Genos-
 schaftsbanken in Deutschland
 Februar 2002
- Nr. 25 *Anne Kretschmer*
 Maßnahmen zur Kontrolle von Korruption –
 eine modelltheoretische Untersuchung
 Juni 2002
- Nr. 26 *Andrea Neugebauer*
 Divergierende Fallentscheidungen von Wettbewerbsbehörden –
 Institutionelle Hintergründe
 September 2002
- Nr. 27 *Theresia Theurl / Thorn Kring*
 Governance Strukturen im genossenschaftlichen Finanzverbund:
 Anforderungen und Konsequenzen ihrer Ausgestaltung
 Oktober 2002
- Nr. 28 *Cristian Rotter*
 Risikomanagement und Risikocontrolling
 in Wohnungsgenossenschaften
 November 2002
- Nr. 29 *Rolf Greve*
 The German cooperative banking group as a strategic network:
 function and performance
 November 2002
- Nr. 30 *Florian Deising / Angela Kock / Kerstin Liehr-Gobbers /
 Barbara Schmolzmüller / Nina Tantzen*
 Die Genossenschaftsidee HEUTE: Hostsharing e.G. – eine Fallstudie
 Dezember 2002
- Nr. 31 *Florian Deising*
 Der Nitrofen-Skandal – Zur Notwendigkeit genossenschaftlicher
 Kommunikationsstrategien
 Januar 2003

- Nr. 32 *Gerhard Specker*
Die Genossenschaft im Körperschaftsteuersystem Deutschlands und Italiens
März 2003
- Nr. 33 *Frank E. Münnich*
Der Ökonom als Berater – Einige grundsätzliche Erwägungen zur wissenschaftlichen Beratung der Politik durch Ökonomen
April 2003

Die Arbeitspapiere sind – sofern nicht vergriffen – erhältlich beim
Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Am Stadtgraben 9, 48143
Münster,
Tel. (02 51) 83-2 28 01, Fax (02 51) 83-2 28 04, E-Mail: info@ifg-muenster.de
oder als Download im Internet unter www.ifg-muenster.de (Rubrik Forschung).